

Herausforderungen aktueller Friedenspolitik - unter besonderer Berücksichtigung der Situation im Nahen und Mittleren Osten

von Clemens Ronnefeldt, Versöhnungsbund-Referent für Friedensfragen

1. Von der US-Dominanz zur Multipolarität

"Weltkrieg um Wohlstand" - so lautete der Titel des Magazins "Der Spiegel" am 11.9.2006. Ergänzt wurde die Ausgabe durch ein "Spiegel Special"-Heft mit der Überschrift "Kampf um Rohstoffe. Die knappen Schätze der Erde" (5/2006). Beide Titel beschreiben ebenso reißerisch wie weithin zutreffend die derzeitigen globalen internationalen Beziehungen.

Während Afrika immer mehr in die Rolle des Rohstofflieferanten für die Industrienationen gedrängt wird, konnte Südamerika sich aus der US-Dominanz der letzten Jahrzehnte erheblich befreien. Von elf lateinamerikanischen Staaten sind nur noch Paraguay und Kolumbien von rechtsgerichteten Machthabern regiert, alle anderen Länder haben inzwischen linke oder links-liberale Regierungen. Besonders heraus ragen Venezuela, das den Sozialismus wieder einführen möchte und Bolivien, das erste Verstaatlichungen in Angriff genommen hat.

Die größte Dynamik in den internationalen Beziehungen geht derzeit von Asien aus, wobei China noch einmal eine Sonderrolle spielt und zur neuen Supermacht geworden ist, wie ein Blick auf nüchterne Statistiken belegt.

Im Jahre 2005 zählte China mehr als 1,3 Milliarden EinwohnerInnen, die ein Brutto-Inlandsprodukt von 9,4 Billionen US-Dollar erwirtschafteten. Damit lag das Reich der Mitte wirtschaftlich nicht mehr weit hinter Europa (11,8 Billionen bei 397 Mio. Einw.) und den USA (12,3 Billionen bei 297 Mio. Einw.). Die weltweit agierende "Goldman-Sachs"-Bank geht davon aus, dass im Jahre 2050 die Wirtschaftsleistung Chinas - gemessen am Brutto-Inlandsprodukt - etwa ein Drittel größer sein wird als die der USA und mehr als doppelt so hoch wie die der EU. Mit Indien wird es 2050 eine weitere Supermacht geben, die Europa hinter sich gelassen haben und sich wirtschaftlich fast in Augenhöhe mit den USA bewegen wird. Indien wird dann auch China als bevölkerungsreichstes Land der Erde übertroffen haben.

Schon 2009 wird China die Rolle des Exportweltmeisters übernehmen und damit Deutschland ablösen. Ermöglicht wird dieser beispiellose Aufstieg durch eine rücksichtslose Ausbeutung der Natur sowie eine stetig wachsende Zahl von - überwiegend schlecht bezahlten - Arbeitskräften in Industrie und Dienstleistung. Mit 412 Millionen Arbeitsplätzen in Industrie und Dienstleistung gab es im Jahre 2005 in China etwa genauso viele wie in Nordamerika, Westeuropa und Japan zusammen - nämlich 416 Millionen

Fast alle Wirtschaftsdaten - mit Ausnahme der Rüstungsausgaben - sprechen dafür, dass die jahrelange weltweite US-Dominanz beendet ist und eine neue Phase einer multipolaren Weltordnung begonnen hat. Im Jahre 2006 erreichte der US-Militärhaushalt annähernd die Summe der Militärhaushalte aller übrigen Länder der Erde.

2. Besondere Krisenregion: Der Nahe und Mittlere Osten

Vor den oben beschriebenen geopolitischen Hintergründen bekommt die rohstoffreiche Region des Mittleren Osten, wo auf engem Raum Zweidrittel der Welterdölreserven lagern, eine besondere Bedeutung. Wer diese Region beherrscht, sichert damit nicht nur die Wirtschaft des eigenen Landes, sondern kontrolliert gleichzeitig, in welchem Maß sich globale Konkurrenten wirtschaftlich entwickeln - oder bei Drosselung der Öl- und Gaszuteilung blockiert werden.

Seit dem Frühjahr 2005 hat sich durch eine Reihe von Faktoren die Situation im Nahen und Mittleren Osten dramatisch verschärft. Die Kriege in Afghanistan und besonders im Irak stel-

len für Iran durch die Umzingelung mit US-Truppen ein erhebliches Risikopotenzial für das Überleben der Regierung in Teheran dar.

Der Streit um das iranische Atomprogramm geht nach der Verhängung von UN-Sanktionen in eine neue Eskalationsstufe. Durch die US-Invasion 2003 im Irak wurde die Position Irans in der Region erheblich gestärkt, da inzwischen rund 60 Prozent Schiiten im Irak nicht nur die Regierungsmehrheit errungen haben, sondern auch der gesamten Süden Iraks weitgehend von Iran aus kontrolliert wird. Durch die schweren Kämpfe im Süden Afghanistans, wo die Taliban wiedererstarkt sind, werden US-Truppen noch auf längere Zeit gebunden bleiben und stehen nicht für einen neuen Kriegsschauplatz im Iran zur Verfügung. Den US-Vorwurf, im gefährlichen Süden Afghanistans nicht präsent zu sein, versucht die Regierung in Berlin mit der (geplanten) Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen zu begegnen - was für die Bundeswehr eine weitere Verwicklung in Kriegshandlungen bedeutet. Sollte es zu einem US-Angriff auf den benachbarten Iran kommen, würde dies auch die deutschen Tornados tangieren.

Trotz Abzugs der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen 2005 hat sich die Situation in Israel und Palästina u.a. wegen des fortgesetzten Siedlungs-, Mauer- und Trennungsaunbaus im Westjordanland und der Perspektivlosigkeit für die palästinensische Seite weiter verschärft, nicht zuletzt durch die jüngsten Militäraktionen im Gazastreifen. Durch den Wahlsieg der Hamas und den Eintritt Avidgor Liebermanns als "Minister für strategische Bedrohungen" in die israelische Regierung wird eine dauerhafter Nahost-Lösung, wie sie etwa in Taba 2001 oder in der Genfer Friedensinitiative vom Dezember 2003 entworfen wurde, kurz- oder mittelfristig kaum realisierbar. Liebermann, der dem palästinensischen Volk die Existenzberechtigung abspricht, einen jüdenreinen Staat Israel propagiert und für die Bombardierung Irans plädiert, könnte noch zur strategischen Bedrohung für Israel selbst werden.

Nach der Ermordung des libanesischen Premiers Rafik Hariri im Frühjahr 2005 hat der deutsche UN-Sonderermittler Detlev Mehlis in seinem Bericht an den UNO-Sicherheitsrat engste Verwandte des syrischen Regierungschefs Assad als Drahtzieher hinter dem Attentat stark belastet. Die Ermordung des libanesischen Ministers Pierre Gemayel Ende November 2006, der zum antisyrischen Lager zählte, wurde ebenfalls der Regierung in Syrien angelastet und hat den Libanon an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht.

3. Rückblick auf den Israel-Libanon-Krieg

Der Libanonkrieg im Sommer 2006 wurde, wie der US-Journalist Seymour Hersh recherchierte, von den Regierungen der USA und Israels als eine Art Testlauf für einen Krieg gegen Iran betrachtet. US-Außenministerin Condoleezza Rice lehnte einen Waffenstillstand zu Beginn der Bombardierungen mit der Begründung ab, es handele sich bei diesem Krieg um "Geburtswehen eines neuen Nahen Ostens".

Die Zerstörung der von iranischen Ingenieuren mitentworfenen Tunnelanlagen der Hisbollah im Libanon wurden inzwischen ausgewertet, um daraus Rückschlüsse für die Bombardierung der Bunkeranlagen im Iran zu ziehen. Iran kann nicht angegriffen werden, ohne das Risiko für Israel durch Hisbollah-Raketen zuvor auszuschalten.

Allerdings ist der Libanon-Krieg völlig anders ausgefallen, als von Israel und den USA geplant, was den verantwortlichen israelischen Oberbefehlshaber Dan Haluz inzwischen den Posten gekostet hat. Der Einsatz von israelischen Bodentruppen war nicht vorgesehen - und weil diese im Falle Iran von US-Seite nicht zur Verfügung stehen, warnten eine Reihe hoher US-Militärs bereits vor einer Bombardierung Irans.

Mit dem Beginn der israelischen Bombardierungen, die etwa sechs Monate vorher geplant wurden und für die die Entführung zweier israelischer Soldaten lediglich der Auslöser darstellte, wurden auch die zweijährigen Geheimverhandlungen zwischen Israel und Syrien über die Rückgabe der Golanhöhen beendet.

Israel hat sich frühzeitig deutsche Truppen für einen Libanoneinsatz gewünscht, weil sich weltweit kein anderes Land israelfreundlicher verhalte als Deutschland. Die Bundesregierung kann daher nicht neutral sein, was allerdings eine wichtige Voraussetzung für UN-Truppen in Krisenregionen überhaupt ist. Die deutsche Bundesregierung hat bereits von einem Kampfeinsatz der Marine zu einem Zeitpunkt gesprochen, als noch gar keine Anfrage der libanesischen Regierung vorlag. Der pro Jahr mit knapp 200 Millionen Euro teure Einsatz ist zudem von der Aufgabenstellung her mehr als fraglich, weil in den vergangenen Jahren keine Waffen auf dem Seeweg an die Hisbollah geliefert worden sind. Sollte es zu einem Krieg gegen Iran kommen, besteht die große Gefahr, dass die deutsche Politik als Kriegspartei an der Seite Jerusalems und Washingtons in der muslimischen Welt wahrgenommen wird und kaum noch Spielräume für eine diplomatische Vermittlung besitzt.

Die genehmigte Lieferung von zwei deutschen U-Booten an Israel, von deutschen Steuerzahlern mit 333 Millionen Euro subventioniert, die in Israel atomar umgerüstet werden sollen und damit Iran bedrohen könnten, gießt ebenso Öl ins Feuer des Nahostkonflikts wie die in Aussicht gestellte Lieferung von Dingo-Truppentransportern. Es wäre ein Akt der Vernunft und Verantwortung, alle weiteren Rüstungsexporte in die Region umgehend zu beenden.

4. Zu den geopolitischen Interessen der US-Regierung

Die Hintergrundfolie der US-Außenpolitik bestimmte maßgeblich bis in die jüngste Vergangenheit - wenn auch seit dem Irak-Desaster erheblich geschwächt - eine äußerst einflussreiche Gruppe von Neokonservativen, die ihre weltweiten Zukunftsvisionen unter dem Titel "Rebuildung Americas Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century" im September 2000 verfasst hat. Dem Autorenteam, der 1997 gegründeten Gruppe "Project for the New American Century" gehör(t)en u.a. Paul Wolfowitz, Lewis Libby, Jeb Bush, Gouverneur in Florida und Bruder von George W. Bush, William Kristol, Robert Kagan und John R. Bolton an. Das Dokument kann inzwischen als Blaupause für die US-Außenpolitik der ersten fünf Jahre des neuen Jahrtausends bezeichnet werden.

Ein wesentlicher Kernpunkt von "Rebuildung America's Defenses. Strategy, Forces and Resources For a New Century" ist folgender: "Derzeit sieht sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die Grand Strategy der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten". Inzwischen wurde das "Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert" angeblich aus Geldmangel eingestellt, was eine schwere Niederlage des neokonservativen Lagers bedeutet.

Um allein ihr Außenhandelsbilanzdefizit auszugleichen, das 2005 bei 792 Milliarden US-Dollar lag, brauchen die USA einen täglichen Kapitalzufluss von mehr als zwei Milliarden US-Dollar. Von den großen Mächten USA, Europa, China oder Japan sind lediglich die drei letztgenannten in der Lage, die Waren, die sie konsumieren, auch zu bezahlen.

China verfügte im Mai 2006 über 925 Milliarden US-Dollar Währungsreserven, Japan über 843 Mrd., alle Länder der Eurozone zusammen über 173 Mrd. und die USA über 41 Mrd. Würden Japan und China nicht einen Großteil der US-Staatsanleihen kaufen, mit denen die US-Regierung ihre Finanzlöcher zu stopfen versucht, wäre die immer noch mächtige US-Wirtschaft kaum mehr in der Lage, ihre Produkte aus dem Fernen Osten oder auch aus der EU zu bezahlen. Um das Risiko des fallenden US-Dollars abzufedern, gehen mehr und mehr Staaten dazu über, maximal 50% ihrer Währungsreserven in US-Dollar anzulegen. Im Dezember 2006 übertraf erstmals der Wert der weltweit im Umlauf befindlichen Euro-Banknoten den Wert der weltweiten US-Dollar-Scheine.

"Knapp 60 Jahre wirtschaftlicher Aufstieg Europas und Japans, dazu ein sich wirtschaftlich langsam erholendes Russland und ein immer stärkerer werdendes China, lassen die US-Regierung offenbar immer häufiger auf Schwächere losgehen: "Die beschränkten wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Ressourcen lassen den Vereinigten Staaten, wenn sie ihre Rolle als Weltmacht behaupten wollen, keine andere Möglichkeit, als den kleinen Mäch-

ten übel mitzuspielen. In dem an einen Alkoholiker erinnernden Benehmen der amerikanischen Diplomatie steckt durchaus eine Logik. Das wahre Amerika ist so schwach, dass es nur mit militärischen Zwergen eine Konfrontation suchen kann. (...) Seine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Welt macht auf die eine oder andere Art universelle Präsenz notwendig" (1), so der französische Politikwissenschaftler Emmanuel Todd, dessen scharfsinnige Analyse ich teile: "Wagen wir es, stark zu sein, indem wir den Militarismus ablehnen und bereit sind, uns auf die inneren wirtschaftlichen und sozialen Probleme unserer Gesellschaften zu konzentrieren. Schauen wir zu, wie das gegenwärtige Amerika seine verbliebenen Kräfte im Kampf gegen den Terrorismus? vergeudet als Ersatz für den Kampf zur Verteidigung einer Hegemonie, die nicht mehr existiert. Wenn Amerika weiter darauf beharrt, seine Allmacht zu demonstrieren, wird es schließlich der Welt nur seine Ohnmacht enthüllen" (2).

An einem Punkt möchte ich Emmanuel Todd widersprechen: Im Sinne der Menschlichkeit und zur Vermeidung weiterer Opfer - möglicherweise im Iran - genügt das Zuschauen nicht. Die Menschheit steht vor gewaltigen ökonomischen, ökologischen und auch geistigen Herausforderungen, die nach dem entschiedenen Engagement jeder und jedes Einzelnen für eine gerechtere Welt verlangt.

Der frühere Shell-Mitarbeiter, Erdölspezialist und Professor an der Princeton University, Kenneth S. Deffeyes, erklärte Anfang 2006 den 24.11.2005 rückwirkend zum "World Oil Peak Day". Nach seinen Berechnungen sei an diesem Tag - mit einer Toleranzspanne von einigen Wochen - der Höhepunkt der weltweiten Ölförderung erreicht worden (vgl. Energiedepesche, März 2006, S. 4). Etwa die Hälfte der weltweit bekannten Erdölvorräte ist verbraucht, neue Erdölfelder werden kaum noch gefunden. Saudi-Arabien als Land mit den größten Reserven gibt seit Jahren seine Vorräte nach Einschätzung von Branchenkennern bewusst zu hoch an, um seine Geldanlagen in westlichen Ländern nicht zu gefährden.

Für jedes Fass Öl, das die US-Regierung aus dem Mittleren Osten bezieht, kommen pro Barrel (159 Liter) noch einmal Militärstationierungskosten von geschätzten 70 bis 100 Dollar hinzu. Dieser Betrag enthält nicht die Kosten der Kriegsführung in der Region.

90 Prozent der iranischen Erdölvorkommen liegen in der südiranischen Provinz Khuzistan, die mehrheitlich von Arabern bewohnt ist. In dieser Region wurden bereits in der letzten Zeit etliche Bombenanschläge verübt, die offensichtlich ein Klima der Instabilität erzeugen sollen. US-Spezialeinheiten im Iran versuchen seit einiger Zeit, Angehörige ethnischer Minderheiten anzuwerben, um diese für einen Aufstand gegen das Regime in Teheran zu gewinnen. Nur bei einem Regimewechsel würden die iranischen Öl- und Gas-Langzeitverträge mit China und Indien gekündigt werden können - die begehrten Rohstoffe nicht nach Osten, sondern nach Westen fließen.

Die EU und die Bundesregierung setzen der aggressiven US-Politik im Nahen und Mittleren Osten wenig entgegen, sondern verschärfen durch die Aufstellung von "battle groups" die Militarisierung der internationalen Beziehungen - was deutlich auch am neuen Weißbuch der Bundeswehr oder der vorläufig durch Referenden gestoppten EU-Verfassung abzulesen ist.

Dass die US-Regierung - ebenso wie die EU - auch anders mit der Ölfrage umgehen könnte, hat Amory Lovins zusammen mit anderen Autoren des renommierten Rocky Mountain Institute nachgewiesen (www.oilendgame.org). "Sucht nach Öl - Eine Studie zeigt: Die USA könnten sich unabhängig machen", titelte die SZ am 29.8.05 und führte ergänzend aus, "dass das Lovinsche Nachdenken vom Pentagon gesponsert wurde. Dass das Pentagon sich an der Erschließung alternativer strategischer Optionen beteiligt, zeigt zugleich, wie weit diese Option schon vorgezogen ist im militärisch-industriellen Komplex".

In den letzten Monaten haben die Realisten in den USA wieder erheblich an Einfluss gewonnen. Viele realistische US-Außenpolitiker und auch renommierte Politik-Institute raten dem US-Präsidenten inzwischen zu einer diplomatischen Lösung des Iran-Konfliktes, was auch direkte Verhandlungen mit Iran und Syrien einschließt, wie sie u.a. von der Baker-Hamilton-

Kommission empfohlen wurden. Die Demokraten haben nach ihrem Wahlerfolg vom November 2006 die Möglichkeit, Präsident Bush den Geldhahn für neue Truppen und Kriege zuzudrehen.

5. Perspektiven für die Zukunft des Nahen und Mittleren Ostens

Eine deeskalierende Wirkung für die Region Naher und Mittlerer Osten - und für die internationalen Beziehungen insgesamt - könnten die US-Zwischenwahlen vom 7. November 2006 entfalten, die als eindeutige Absage an die Irak-Politik der US-Regierung interpretiert wurden. Mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld verlor Präsident George W. Bush einen der vehementesten Iran-Kriegsbefürworter. Dennoch besteht die Gefahr eines Iran-Angriffes innerhalb der Amtszeit von Präsident Bush fort, da sich in der US-Außenpolitik Republikaner und Demokraten nur wenig unterscheiden und zudem die katastrophalen ökonomischen Daten der US-Wirtschaft (Außenhandelsbilanzdefizit, Haushaltsdefizit, Dollarschwäche, Ölabhängigkeit,...) weiter bestehen bleiben. Der demokratischen Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus wäre zu wünschen, gegen Präsident George W. Bush ein Amtsenthebungsverfahren (impeachment) z.B. wegen dessen Lügen vor dem Irak-Krieg anzustrengen - und damit die weitere Eskalation im Iran-Konflikt zu unterbinden.

Die Ankündigung von Präsident Bush vom Januar 2007: "Wir werden die Unterstützung aus Iran und Syrien unterbrechen. Und wir werden die Netzwerke, die unsere Feinde mit Waffen beliefern, ausfindig machen und zerstören", (Die Zeit, 18.1.2007) ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Am gleichen Tag dieser Aussage wurden gegen den Willen der irakischen Regierung fünf iranische Diplomaten in einem konsularischen Verbindungsbüro im irakischen Erbil von US-Soldaten verhaftet - eine wohl bewusste Provokation der Regierung in Teheran.

Im Januar 2007 entsandte Präsident Bush einen zusätzlichen US-Flugzeugträgerverband in den persischen Golf. Den bisherigen Oberbefehlshaber für den Nahen und Mittleren Osten (Centcom), John Abizaid, der sich in der New York Times offen für diplomatische Mittel zur Lösung der Probleme vor Ort ausgesprochen hatte, löste Präsident Bush im Januar 2007 ab und ersetzte ihn durch Admiral William Fallon. Dieser verfügt über keinerlei Erfahrung im Zusammenhang mit Aufstandsbekämpfungen - was im Irak sinnvoll wäre -, dafür aber über Fähigkeiten bei der Angriffsplanung von Kampfflugzeugen, die von Flugzeugträgern aus starten, was für die Bombardierung iranischer Atomanlagen hilfreich wäre.

Diese und weitere Hinweise deuten auf eine Eskalation im Iranstreit hin, die allerdings nicht unumkehrbar ist. Schon einmal, im Oktober 2006, kurz vor den US-Zwischenwahlen, beorderte die US-Regierung einen zusätzlichen bereits entsandten US-Flugzeugträgerverband, der für die Bombardierung iranischer Atomanlagen bereit stand, unverrichteter Dinge wieder aus der Region ab.

Im Iran hat die Wahl von Präsident Mahmud Ahmadinedschad seit dem Sommer 2005 zu erheblichen innen- und außenpolitischen Veränderungen geführt. Insbesondere das Militär wurde gestärkt, die Spannungen mit der EU und den USA nahmen wegen der israel-feindlichen Äußerungen des iranischen Präsidenten zu, oppositionelle Zeitungen wurden verboten. Bei den Wahlen im Dezember 2006 wurde die Regierung Ahmadinedschad wegen ausbleibender wirtschaftlicher Verbesserungen der Lebenssituation im Land mit Stimmenverlusten bestraft. Der für Außenpolitik eigentlich zuständige oberste Machthaber, Ajatollah Chamenie, attackierte öffentlich die Außenpolitik von Präsident Ahmadinedschad und forderte mehr Realismus in den außenpolitischen Beziehungen des Landes. Diejenigen Stimmen in den iranischen Machteliten, die für eine Deeskalation im Atomstreit plädieren, nahmen zu Beginn des Jahres 2007 deutlich zu.

Da Iran, derzeit viertgrößter Erdölproduzent der Erde, über die drittgrößten Erdöl- und zweitgrößten Erdgasvorkommen weltweit verfügt und mit China über 100 Milliarden US-Dollar und mit Indien über 40 Milliarden US-Dollar langfristige Lieferverträge geschlossen hat,

besitzt der aktuelle Irankonflikt eine enorme geopolitische Dimension mit unabsehbaren Eskalationsfolgen.

Durch Rüstungslieferungen von Russland - u.a. Tor-M-1 Raketenabwehrsysteme im Wert von rund einer Milliarde US-Dollar, die die iranischen Atomanlagen schützen sollen - ebenso durch Rüstungsgüter aus China und Indien, weiß die iranische Führung um starke Partner im Rücken. International ist Iran inzwischen im Schanghai-Cooperations-Abkommen fest eingebunden und begehrter Kooperationspartner mehrerer asiatischer Staaten.

6. Ansätze für eine zivilere Politik im Nahen und Mittleren Osten

Der erste Schritt für eine zivile, diplomatische Lösung des gegenwärtigen Streites um das iranische Atomprogramm bestünde im Anerkennen des atomaren Ungleichgewichtes in der Region Naher und Mittlerer Osten durch die USA und die EU. Zur Beseitigung dieser grundlegenden Konfliktursache wäre die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) geeignet, die auf eine ABC-waffenfreie Zone von Israel bis Iran hinarbeiten könnte.

Forderungen nach der Umsetzung einer solchen ABC-waffenfreien Zone finden sich bereits in mehreren UN-Resolutionen bezüglich Iraks, wurden allerdings bisher noch nie ernsthaft aufgegriffen. Von iranischer Seite wurde in den bisherigen Verhandlungen mit der EU betont, die EU-3 mögen die Initiative zum Start einer regionalen ABC-waffenfreien Zone ergreifen.

Vertrauensbildung und Konfliktkontrolle lauten zwei Stichworte, die Volker Perthes mit Inhalt füllt: "Denkbar wären verschiedene 'runde Tische', etwa zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, zur Zusammenarbeit im Katastrophenfall (Seenotrettung, Frühwarnung bei Ölhavarien etc.), zur Koordinierung von Maßnahmen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität (insbesondere Waffen- und Drogenschmuggel) und vor allem zur Diskussion von Fragen der Grenzsicherheit und Terrorismusbekämpfung und zur Koordination geeigneter Schritte. Aus solchen Foren könnte sich mit der Zeit ein grundlegender Mechanismus regionaler Zusammenarbeit entwickeln" (3).

Zur kurzfristigen Entschärfung des Konfliktes würde ein umfassendes Hilfsprogramm beitragen, an dem Iran aufgrund seiner ökonomisch desaströsen Situation größtes Interesse hat. Ein Verzicht auf die Herstellung angereicherter Urans für waffentaugliche Zwecke mittels Festlegung einer Obergrenze für Zentrifugen könnte dann wahrscheinlicher werden, wenn die US-Regierung zusammen mit der EU in diplomatische Verhandlungen treten würde. Im Gegenzug zum atomaren Waffenverzicht Teherans könnten die USA, Israel und die EU eine umfassende Sicherheitsgarantie für Iran abgeben, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anbieten und das Embargo aufheben. Die Kleriker als eigentliche Machthaber im Iran sind an einem Aufbrechen der zunehmenden Isolation des Landes und seiner US-Umzingelung ebenso interessiert wie an einer raschen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, insbesondere auch an einer - von der US-Regierung bekämpften - Aufnahme Irans in die WTO. Auf der Wunschliste Irans steht auch die Lieferung von Ersatzteilen für die zivile Luftfahrt durch Boeing und Airbus, deren Nichtlieferung bereits zu etlichen Abstürzen im Iran geführt hat.

Brennelemente sollten nach dem Vorschlag von IAEA-Chef El Baradei nicht mehr nationaler Kontrolle unterstehen, sondern - so lange es noch Kernkraftwerke gibt - existierende Anreicherungs-Anlagen der UN-Behörde IAEA unterstellt werden. Der größte Widerstand gegen diesen Vorschlag kommt von westlichen Staaten.

Da auch Uran in wenigen Jahrzehnten weltweit nicht mehr verfügbar sein wird und Atomenergie so wenig Zukunft hat wie die Energiegewinnung aus Öl und Gas, könnten im Iran Nichtregierungsorganisationen, die sich u.a. für den Einsatz erneuerbarer Energien im Iran engagieren, unterstützt werden. Insbesondere Deutschland als führendes Land im Bereich erneuerbare Energien könnte Iran im Rahmen der EU-3 Verhandlungen Anreize für Wind-

und Solarprojekte anbieten. Allein schon wegen der Erdbebengefahr ist der Betrieb von Atomanlagen im Iran unverantwortlich.

Der israelisch-palästinensische Konflikt könnte durch einen Gefangenenaustausch deeskaliert werden, durch einen Stopp von Siedlungs-, Mauer- und Grenzzaunbau, den Rückzug der israelischen Armee aus den besetzten Gebieten und die Einstellung des Beschusses israelischen Territoriums durch Kassam-Raketen und die Fortführung des etwa zwei Jahre andauernden palästinensischen Verzichtes auf Selbstmordattentate.

Wichtige erste Schritte im humanitären Bereich wären die Freigabe der EU- Gelder und der israelischen Zolleinnahmen an die palästinensische Verwaltung, um das Aushungern der Menschen im Gazastreifen und einen blutigen Bürgerkrieg zwischen Hamas und Fatah zu verhindern.

Die Hisbollah im Libanon könnte durch die Einbettung in die regulären libanesischen Streitkräfte als Gefahr für Israel entschärft werden, die israelische Armee könnte sich aus den Schebaa-Farmen im Länderdreieck Israel-Syrien-Libanon zurückziehen. Syrien ist bereit, die Schebaa-Farmen völkerrechtlich als libanesisches Staatsgebiet anzuerkennen - Israel behauptet immer noch, es handele sich um syrisches Gelände.

Die Rückgabe der Golanhöhen an Syrien scheiterte im Jahre 2000 an 20 Quadratkilometern Land um den See Genezareth - und am Widerstand Washingtons. Israel wünscht eine Frühwarnstation auf den Golanhöhen und Zugang zu genügend Wasser aus dem Jordan und aus dem See Genezareth. Bei den israelisch-syrischen Geheimverhandlungen 2004-2006 lagen die Differenzen bei der Zeitspanne des Abzugs der israelischen Siedler. Die syrische Delegation forderte maximal fünf Jahre, die israelischen Unterhändler 15 Jahre. Am Ostufer des Sees Genezareth könnte ein binationaler Naturpark entstehen, zu dem beide Seiten Zutritt hätten.

Auf die US- und die israelische Regierung könnte eine ähnlich breite Bewegung wie am 15.2.2003 gegen den Irak-Krieg internationalen Druck ausüben, alle weiteren Kriegsvorbereitungen unverzüglich einzustellen und von der iranischen Regierung den Verzicht auf jegliche weiteren antiisraelischen Äußerungen fordern.

Bei einem Militärschlag gegen Iran würde sich ein durchgehendes Kriegsgebiet von Israel bis Pakistan ergeben, dessen Folgen unabsehbar wären. Die Chancen, dieses düstere Szenario doch noch zu vermeiden und die offenen Probleme anzugehen, stehen derzeit nicht schlecht, benötigen allerdings massive Unterstützung von Friedensbewegungen, Gewerkschaften und Kirchen. Die bisherigen Weltsozialforen zeigten, dass es durchaus eine hoffnungsvolle globale Gegenmachtbildung für eine gerechtere und zivilere Politik gibt.

Die Einsicht, dass die beiden Säulen westlicher Politik für den Nahen und Mittleren Osten - sicherer Ölfluss zu annehmbaren Preisen und Sicherheit Israels - nicht ausreichend sind, scheint in breiteren Kreisen auch westlicher Gesellschaften zu wachsen. Die Wahrnehmung der legitimen Interessen und Bedürfnisse der Länder in der arabischen und muslimischen Welt ist überfällig.

Anmerkungen:

- (1) Emmanuel Todd, Weltmacht USA. Ein Nachruf, München 2003, S. 168.
- (2) Emmanuel Todd, a.a.O., S. 252f.
- (3) Volker Perthes, Bewegung im Mittleren Osten, SWP-Studie, Berlin 2004.

Clemens Ronnefeldt

Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund - Deutscher Zweig

A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161 54 70 15
Fax: 08161 54 70 16